

Frau
Malah Helman
berlinprojekt

Per Mail: helman@malah-helman.de

Landesvorstand Berlin

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 92 89

Telefax +49 30/24 00 92 60

info@die-linke-berlin.de

www.die-linke-berlin.de

Berliner Bank AG

Konto-Nr. 43 84 81 68 00

BLZ 100 200 00

Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

Betr.: Ihre Mail vom 18. Juli 2011

16.08.2011

Sehr geehrte Frau Helman,

mit Mail vom 18. Juli 2011 haben Sie sich an den Landesvorstand der Partei DIE LINKE Berlin aus Anlass der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 mit der Bitte um Beantwortung der von Ihnen übersandten Fragen gewandt.

Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Unsere Antworten auf die gestellten Fragen finden sie in der Anlage auf den nächsten Seiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Barthel
Mitarbeiter des Landesvorstands

Fragebogen zur Kulturpolitik von berlinprojekt

Vorbemerkung

Als DIE LINKE vor 10 Jahren in rot-roter Koalition Regierungsverantwortung übernahm, war es schlecht um Berlin bestellt. Berliner Bankenkrise und Haushaltsnotstand waren zu bewältigen, es gab drastische Kürzungen in allen Bereichen. Dabei hat sich DIE LINKE stets ganz energisch für den Erhalt und den weiteren Ausbau der Kultur eingesetzt. Der von der LINKEN gestellte Kultursenator hat mit Verweis auf die Hauptstadtfunction Berlins in seinen Verhandlungen mit dem Bund bedeutende Entlastungen für den Kulturretat erreicht und auf diese Weise die größten Einschnitte in die Berliner Kulturlandschaft verhindert. Auch die Beschäftigten haben durch den Ausstieg des Landes aus der Tarifgemeinschaft der Länder ihren Teil zum Erhalt der Berliner Kulturlandschaft beigetragen. In der zweiten Legislaturperiode von Rot-Rot wurden diese Kürzungen wieder ausgeglichen. Die konsumtiven Ausgaben wurden um insgesamt 36 Mio. Euro erhöht, 20 Mio. Euro im Doppelhaushalt von 2008/2009 und 16 Mio. Euro im Doppelhaushalt von 2010/2011. Davon waren 16 Mio. Euro für die Tarifangleichungen bei den Beschäftigten erforderlich. Insgesamt 7,5 Mio. Euro (1,5 Mio. 2008, je 2 Mio. Euro 2009, 2010, 2011) des Kulturretats kamen Projekten der Kulturellen Bildung zugute, zusätzlich zu den regulären Ausgaben, die über Bezirke und die Bildungsverwaltung für kulturelle Bildung ausgegeben werden. Die Kultur konnte zudem im Gegenwert von 20 Mio. Euro vom Öffentlichen Beschäftigungssektor profitieren, leider nur auf drei Jahre befristet. Zusätzlich zu den Investitionen im Kulturbereich von 450 Mio. Euro wurden weitere 25 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm II für die Sanierung von Berliner Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellt. In der kommenden Legislaturperiode wird DIE LINKE insbesondere auf die auskömmliche Finanzierung der Bezirke, auf Teilhabegerechtigkeit und bessere Arbeits- und Schaffensbedingungen im Kunst- und Kulturbereich drängen.

- 1) *Aktuell informierte sich im Bundestag der Kulturausschuss über die prekäre Lage der KünstlerInnen. Nun ist die Kultur in erster Linie eine Angelegenheit des jeweiligen Bundeslands. Gibt es Handlungsvorstellungen für äußerst prekäre Lage der Kulturschaffenden an der Basis? Welches Programm gibt es für die Berliner freie Kulturszene?*

DIE LINKE setzt sich auf Landes- und auf Bundesebene für den Erhalt und den Ausbau der Künstlersozialversicherung und die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Kreativen ein. Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können. Dieser Satz aus dem Wahlprogramm der LINKEN, gehört zu den Grundsätzen linker Kulturpolitik und wird ganz zielstrebig verfolgt. Mit Beginn der rot-roten Koalition von Berlin hat DIE LINKE mit ihrer Fraktion und ihren Senatoren für Kultur, Wirtschaft und Arbeit wesentlich dazu beigetragen, die ressortübergreifende Zusammenarbeit zu forcieren und die finanziellen Mittel für kulturelle Aktivitäten und Projekte trotz der stringenten Sparpolitik des Senates infolge der Haushaltsnotlage stabil zu halten und auszubauen. So ist es gelungen, zusätzliche Mittel für Projekte der kulturellen

Bildung in den Etat aufzunehmen, einen neuen Fonds für Lesungen in Schulen und Bibliotheken einzuführen und für drei Jahre 300 Kulturjobs einzurichten.

Als nächstes Ziel hat sich DIE LINKE vorgenommen, beginnend für kommunale Galerien berlinweit einen Fonds für Ausstellungshonorare durchzusetzen. Das Regelwerk für Kunst im öffentlichen Raum soll auch auf Projekte mit Mischfinanzierungen ausgedehnt werden. Auch unter den veränderten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen wollen wir ÖBS-Stellen im Kulturbereich schaffen. Die freie Kulturszene soll künftig verstärkt gefördert werden und im Senatsbeschluss zum Entwurf des Haushaltplanes ist folgerichtig eine Etaterhöhung von zwei mal 500.000 Euro für die Förderung der freien Szene und der zeitgenössischen Kunst eingestellt.

- 2) *Die Berufsverbände LAFT Berlin, Tanzbüro Berlin, TanzRaumBerlin Netzwerk und ZTB fordern nun bei öffentlichen geförderten Produktionen eine Honoraruntergrenze von monatlich 2000,00 Euro. Wie ist Ihre Position?*

DIE LINKE hat sich ganz vehement für Mindestlohn eingesetzt, auf Berliner Ebene gilt das Berliner Vergabegesetz. Im Kulturbereich auf Mindestlohnbasis Tätige profitieren davon künftig in einer Größenordnung von 2 Mio. Euro. Mindestvergütungen muss es auch in anderen Bereichen geben, bei den Honoraren in Musikschulen und Volkshochschulen und auch bei freien Projekten. Die daraus resultierende Etaterhöhung von ca. 6 Mio. Euro für freie Gruppen und Spielstätten (ohne Konzeptförderung) wie sie von LAFT und anderen errechnet und gefordert wird, ist nachvollziehbar. DIE LINKE steht im engen Kontakt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Freien Szene und wird sich dafür einsetzen, dass die Forderung nach einer Mindestgrenze für Honorare im parlamentarischen Raum und im Zuge der parlamentarischen Etatberatungen diskutiert wird.

- 3) *Um die Honorare und den Bedarf für freie Projekte angemessen zu erhöhen, müsste auch der Berliner Etat für diese Fördertöpfe wesentlich erhöht werden. Der Rat für Künste Berlin schlägt eine Erhöhung des Etats von 3 % vor, die neben der Kulturellen Bildung und Migration, freien Projekten zugute kommen soll. Wie ist Ihre Position?*

Der Rat für die Künste hat gefordert, den Kulturetat auf drei Prozent des Gesamtetats zu erhöhen. Die Frage ist, welche Zahlen zugrunde gelegt werden. Einschließlich der Kulturausgaben der Bezirke, der Ausgaben für Musikschulen und künstlerische Hochschulen sowie für Denkmalschutz, liegt der Berliner Kulturetat mit ca. 500 Mio. Euro Berlin bei ca. 3 % der Gesamtausgaben. Eine im Vergleich zum Gesamtetat überproportionale Steigerung von 0,9 Prozent (statt 0,3 Prozent) im Haushaltplanentwurf für 2012/2013 unterstreicht, dass die rot-rote Regierung der Kultur einen besonderen Stellenwert für die Entwicklung Berlins einräumt. DIE LINKE wird sich - wie bereits ausgeführt - dafür einsetzen, dass die Etatsteigerungen neben der Kulturellen Bildung, den interkulturellen Kulturansatz sowie die freie Szene stärken.

- 4) *Die Auswertung der Kommentare der o.g. Studie ergaben zu Förderungen folgende Kritikpunkte: mehr Förderung an der kulturellen Basis in allen Sparten und für verschiedene Produktionsformen; Problem der Recherche- und Konzeptionszeit, die vor Antragstellung stattfinden muss und damit nicht honoriert wird; Forderung nach jährlich wechselnden Jurys; transparente Jury- Entscheidungen mit inhaltlich begründeten Ablehnungen; auch genannt wurde natürlich das Problem der Kontinuität bzw. der Entwicklung der Arbeit, etwas was wahrscheinlich mehr KünstlerInnen betrifft als freie Gruppen oder Spielstätten, die hier über weitergehende Förderinstrumente verfügen. Gibt es hier zu Handlungsideen?*

Berlin verfügt schon seit Jahren über weitgehende Vergaberegelungen im Kulturbereich, die die fachliche und kompetente Begutachtung und Bewertung der Projekte und Produktionen garantieren. DIE LINKE hat sich immer dafür eingesetzt, die gemachten Erfahrungen auszuwerten und bei der künftigen Arbeit zu berücksichtigen. Wir sind immer dafür eingetreten, bewährten Projekten eine Zukunft zu geben und trotzdem Neues aufzunehmen. Insofern ist für Die LINKE auch die Durchlässigkeit und Verbindung der verschiedenen Fördersysteme ganz wichtig. Angesichts der Förderzeiträume halten wir die Forderung nach jährlich wechselnden Jurys allerdings nicht für gerechtfertigt. Die Frage, ob Ablehnungen zu begründen wären, können wir ebenfalls nicht so ohne weiteres teilen. Bekanntlich bewerben sich in Berlin sehr viele hochprofessionell Arbeitende mit einer Vielzahl von vielversprechenden Projekten, die nur wegen der finanziellen Begrenztheit der Mittel nicht gefördert werden.

- 5) *An den freien Fördertöpfen Hauptstadtkulturfonds und Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung beantragen neben KünstlerInnen und Gruppen auch Institutionen und Organisationen. Diese werden teilweise schon mit öffentlichen Mitteln oder über andere Strukturen gefördert und bringen eine eigene Infrastruktur mit. Kann hier über eine Quote für die frei arbeitenden KünstlerInnen und Künstlerinitiativen eine Chancengleichheit hergestellt werden?*

Beim Hauptstadtkulturfonds setzt sich DIE LINKE dafür ein, den Anteil der Institutionen mit vergleichsweise hohen Förderanträgen zu senken. DIE LINKE befürwortet jedoch ausdrücklich die Kooperation von institutionellen Einrichtungen und Einzelpersonen bzw. freien Initiativen, weil sich daraus Synergieeffekte für die Zukunft gewinnen lassen. So sind die sogenannten Tandemprojekte und Kooperationen verschiedener Akteure und Institutionen in der Kulturellen Bildung Programm.

- 6) *Bei Förderanträgen wird, zwar nicht verpflichtend, die Eigenmittel abgefragt. Kulturschaffende sollten außer den Ressourcen für die Antragstellung keinen weiteren Beitrag leisten, da sie gar nicht über die finanzielle Infrastruktur verfügen. Es sollte vielmehr möglich sein, die Bereitstellung eigener Technik zu vergüten.*

DIE LINKE kann sich der Einschätzung und der Forderung im Grundsatz anschließen.

- 7) *Mit der Abschaffung der sozialen Künstlerförderung 2004 hat sich die Förderung der kulturellen Basis drastisch reduziert. Diese Situation könnte durch die Schaffung von Arbeitsstipendien für alle Sparten aufgefangen werden.*

Es ist der LINKEN nicht gelungen, die seit Mitte der 90iger Jahre laufende Abwicklung der Sozialen Künstlerförderung bei der Senatsverwaltung für Soziales aufzuhalten. Aus dem Kulturretat konnte angesichts der großen Finanzierungsprobleme dafür bisher kein Ausgleich gefunden werden, wenn man mal von dem Lesefonds absieht. Es ist die Frage, ob in welcher Höhe Etaterhöhungen, die sich künftig durchsetzen lassen, als Stipendien oder Projektförderungen vergeben werden. Beides hat seine Berechtigung.

- 8) *Der Rat für Künste empfiehlt für die Arbeit an der kulturellen Basis in den Bezirken, die Verabschiedung eines Bezirkskulturgesetzes, dass die Stadteilkultur als Pflichtaufgabe vorgibt, sowie Bezirkskulturförderstrukturen und als weiteres Instrument einen überbezirklichen Projektfonds für die dezentrale Kulturarbeit.*

DIE LINKE hat sich immer für den Fortbestand des Fonds für bezirkliche Kultur eingesetzt und auch gegen verschiedentlich geäußerte Vorbehalte in Bezirken wegen der „Eingriffe in die bezirkliche Autonomie“ den Projektfonds für Kulturelle Bildung durchgesetzt. Die gemachten Erfahrungen rechtfertigen es, neben der Globalzuweisung an Bezirke für bestimmte kulturelle Angebote finanzielle Mittel aus dem Landesetat zur Verfügung zu stellen. Für DIE LINKE ist bezirkliche Kultur ein wichtiger Bestandteil gesamtstädtischer Kulturpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass Land und Bezirke verbindliche Standards für die kulturelle Infrastruktur vereinbaren und dafür auch die ausreichende Finanzierung sichern.

- 9) *Die Aufnahme der Kultur als Staatsziel in der Verfassung ist bislang nicht zustande gekommen. Eine Kulturstaatlichkeit, die Förderung von Kultur und Bildung, wäre ein Meilenstein, auch wenn sie erst einmal auf Landesebene festgeschrieben wird.*

DIE LINKE setzt sich bundesweit dafür ein, dass Kultur als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wird. Die Enquetekommission „Kultur in Deutschland hat diese Verfassungsdiskussion zum Staatsziel Kultur ausdrücklich angeregt. Der Abgeordnetenhausbeschluss vom November 2007 „Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern“ geht auf eine Initiative der Berliner Linksfraktion zurück. Allerdings fand der vom Berliner Senat beim Bundesrat eingereichte Antrag auf entsprechende Grundgesetzänderung (BR Drs. Nr. 646/08) 2008 keine Mehrheit.

In der Berliner Verfassung ist der Schutz und die Förderung des kulturellen Lebens in Artikel 20 im Abschnitt zu den Grundrechten verankert. Absatz 1 des Artikels 20 regelt das Recht jedes einzelnen Menschen auf Bildung.

10) *Vom kreativen Image Berlins profitieren eher die Branchen Tourismus, Gastronomie und Immobilienbranche. Für die KünstlerInnen bedeutet dies vor allem, dass günstiger Wohnraum, Ateliers und Projekträume werden knapp werden und die Lebenshaltungskosten steigen. Wie kann hier ein Interessensausgleich aussehen?*

DIE LINKE setzt sich ganz beharrlich für bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum und für sozial gemischtes Wohnen ein. Dazu gehört die Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Landes, die im Sommer 2010 beschlossen wurde und die es ermöglicht, landeseigene Grundstücke abweichend von Höchstpreisgebot zu verwerten. Unsere weitergehende Forderung ist, ungenutzten Liegenschaften und Freiräume in der Stadt verstärkt für kulturelle Nutzungen zu öffnen.

11) *Die Bedeutung von Hartz IV für die Kunstschaffenden wurde eingangs skizziert. Wie ist Ihre Position zu Hartz IV?*

DIE LINKE hat sich bundesweit als einzige Partei gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreform gewandt, die unter dem Namen Hartz IV bekannt ist. Hartz IV ist keine Lösung für Kunstschaffende, die ihren Beruf ausüben wollen. DIE LINKE hat sich jedoch sehr dafür eingesetzt, dass die besonderen Bedingungen von Künstlerinnen und Künstlern bei der Gewährung von solchen Leistungen berücksichtigt werden. Das betrifft z.B. die Anrechnung von Werken auf das Vermögen, die Nutzung von Wohn- und Arbeitsräumen sowie die Aufnahme bestimmter Tätigkeiten und Qualifizierungen. Es ist jedoch nicht zu verhindern, dass Einkünfte aus künstlerischer Arbeit nach den bundesweit geltenden Bestimmungen verrechnet werden. Für viele Kunstschaffende wäre es erstrebenswert, eine Grundsicherung erhalten zu können, wie sie gegenwärtig im gesellschaftlichen Raum und auch in der LINKEN diskutiert wird.

12) *In der Studie des Fonds Darstellende Künste wurde überdurchschnittlich oft das Grundeinkommen als Lösungsansatz benannt. Die ehemalige Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler setzt sich gleichfalls dafür ein. Unter welchen Voraussetzungen kann es das bedingungslose Grundeinkommen geben?*

Das bedingungslose Grundeinkommen wird in der LINKEN bundesweit kontrovers diskutiert. Im Programmentwurf heißt es:

„Hartz IV muss weg. DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.

Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen.“

13) *Vor einiger Zeit wurde in der Presse über die hohe berufliche Aussichtslosigkeit der Promovenden aufgrund der Stellenstreichungen an den Universitäten berichtet. Gleiches kann für die AbsolventInnen der Kunsthochschulen gelten, hoch qualifiziert finden sie keine Arbeit, weil es keine gibt. Beschäftigungsprogramme für Kulturschaffende werden mit 1€ Jobs und Instrumenten wie dem ÖBS in den dritten Arbeitsmarkt verlegt. Die Wertschätzung der Kunst als gesellschaftliche Faktor und ihre Rolle als Zukunftsressource findet bislang eher nominell statt. Die investive Wirkung der Kultur im Wirtschaftskreislauf wird verkannt. Unter dem Stichwort „neue“ Arbeit geht es die Schaffung qualitativer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Gibt es hier in Berlin kultur- und beschäftigungspolitisch Lösungsansätze?*

Kultur und Kulturwirtschaft sind in Berlin Wachstumsmotor, sie sind nicht nur weicher Standortfaktor, sondern Teil der Wertschöpfung. Die Berliner Infrastruktur trägt dem zum Teil schon Rechnung und wird im Rahmen der Clusterstrategie weiter ausgebaut. Mit dem zweiten Kulturwirtschaftsbericht 2008 sind Entwicklungen und Potenziale untersucht und herausgearbeitet worden. Die Politik der LINKEN berücksichtigt dies und wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit von Kultur, Wirtschaft und Arbeit weiter forcieren.

Aber, ohne die Bedeutung der künstlerischen Berufe und den Bedarf an professionell Ausgebildeten in der Gegenwart gering oder zu unterschätzen, freie Studienplatzwahl garantiert nicht zwangsläufig Arbeit in dem Bereich.

14) *Auch in der Bildung werden aufgrund von Sparmassnahmen wichtige Investitionen nicht in dem Umfang des eigentlichen Bedarfs getätigt. Die Kulturelle Bildung gilt als wichtiges Instrument in der Bildungspolitik. Hierzu werden bislang nur im Kulturhaushalt dezidiert Mittel in Höhe von 2 Millionen bereitgestellt. Einmal entwickelte Projekte lassen sich mit diesem Förderinstrument kein zweites Mal mehr umsetzen. Müsste daher nicht auch die Bildung mit einem weitaus größeren Etat auch explizit Mittel an den Schulen hierfür bereitstellen, damit das Programm der Kulturellen Bildung flächendeckend umgesetzt werden kann und es für KünstlerInnen möglich ist, die Projekte mehrmals durchzuführen? In einer „Schule für alle“ werden zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote notwendig. Auch in der Jugend- und Sozialarbeit könnten künstlerische Mittel ein Teil einer Lösungsstrategie sein.*

DIE LINKE setzt sich in der Bildung für gleiche Bildungschancen ein, dazu gehört ganz maßgeblich, die Potenziale der kulturellen Bildung zu nutzen. Der Projektfonds für Kulturelle Bildung soll dazu Anstoß geben. Es war von Anfang an nicht daran gedacht, Dauerförderungen zu etablieren. Und so ist es auch gelungen, Projekte im Rahmen des Theater der Schulen und von Tanzzeit in die Regelförderung durch die zuständige Fachverwaltung aufzunehmen. „Schule für alle“ soll wie Sie es auch fordern, zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote machen und dazu Kooperationen im Kiez, mit Unternehmen und nicht zuletzt auch mit Künstlerinnen und Künstlern eingehen. Dazu gehört auch die Budgethoheit über variable Mittel, die die Schulen auch jetzt für künstlerische Projekte nutzen können. Dazu gibt es auch schon gute Erfahrungen, die es gilt künftig noch besser zu verbreiten gilt.

15) *In Berlin muss wegen der Schuldenbremse bis 2020 der jährliche Ausgabenanstieg auf 0,3 Prozent begrenzt werden. Wie soll das umgesetzt und wo sollen die Einsparungen vorgenommen werden?*

DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, wie sie von der CDU-SPD-Regierung durchgesetzt wurde, weil sie schwache Bundesländer nur noch tiefer in die ökonomische und soziale Repression treibt. DIE LINKE in Berlin hat nach der Berliner Bankenkrise und dem Verfassungsgerichtsurteil zum Haushaltnotstand bereits schmerzhaft Spardisziplin bewiesen. Sie hat sich aber auch immer für den sozialen Zusammenhalt eingesetzt, denn die Ausgaben zur Bewältigung von sozialer Ausgrenzung, von gesellschaftlicher Spaltung in dauerhaft Arme und Hoffnungslose und Reiche und immer besser Verdienende ist unendlich teurer als jedes Programm zur Verbesserung von gesellschaftlichen Teilhabe, für Investitionen in Kultur, Bildung, Wirtschaft und Arbeitsplätze. DIE LINKE begrüßt ausdrücklich, dass der vom rot-roten Senat vorgelegte Haushaltplanentwurf Einsparungen im Kulturretat nicht nur nicht vorsieht, sondern auch eine Erhöhung von 0,9 Prozent vorsieht.